Neue Lernziele?

Was Schüler aus dem verhinderten Streik lernen konnten

Als ich am Montag, den 8. Februar 1999 um 14 Uhr zur Schule[1] ging, wußte ich schon aus Radionachrichten, daß der angekündigte Schülerstreik eher ein Flop war. Mit 200-300 Teilnehmern von rund 26 527 Schülern landesweit kann man den Mißerfolg auch nicht nachträglich schönreden. Verwundert war ich nicht darüber, denn in einem diesbezüglichen Gespräch hatten in der Vorwoche meine Schüler aus der 12. Klasse wohl eine Reihe lokale Quengeleien zum Ausdruck gebracht, aber der eigentliche Streikanlaß, die Reform der Vesetzungskriterien im klassischen Sekundarunterricht, ließ sie eigentlich kalt, denn sie hatten schnell verstanden, daß das im Untergrad des technischen Unterrichts schon seit zwei Jahren bestehende System eigentlich durchaus schülerfreundlich sein kann.

Um so überraschter war ich ob des geballten Zorns, der mir um 14 Uhr aus meiner 9. Klasse entgegenschlug. «Haben Sie diese gelben Zettel gesehen, die überall aushängen?» Die waren in der Tat nicht zu übersehen, denn die Schule war übersät damit. Zwei Mitglieder des Schülerkomitees forderten ihre Mitschüler auf, nicht am Streik teilzunehmen. «Können Sie sich vorstellen, daß zwei Schüler diesen gestelzten französischen Satz geschrieben haben?» Das juristische Jargon war auch mir aufgefallen, aber die Stilanalyse meiner 14-15jährigen Schüler beeindruckte mich. «Das ist doch alles manipuliert!» - «Und warum dürfen wir nicht streiken?» Ich meinte ganz naiv, das Recht sei ihnen doch nicht benommen, mußte mich aber aufklären lassen, daß am Vormittag alle Türen zugesperrt waren. «Und warum dürfen Schüler kein Megaphon benutzen, wenn sie auf die Straße gehen?» Ich dachte an das Maulkorbgesetz, das wir zufällig in der vorigen Woche behandelt hatten. Die Schüler ließen sich aber nicht so schnell zum Unterrichtsprogramm zurückbringen. «Unsere Eltern erhielten gar einen Brief, in dem ihnen gedroht wurde, wenn wir teilnehmen, würde das mit 'unentschuldigt' ins Jahreszeugnis geschrieben werden. Und dann gibt's Probleme wenn wir eine Arbeitsstelle suchen. Das ist doch Terror!» Als ich abwiegeln wollte, indem ich darauf hinwies, daß der Anlaß ja nur den klassischen Sekundarunterricht betreffe, während sie doch seit zwei Jahren gut mit dem Promotionsreglement zurecht kommen, erhielt ich erneut eine (moralische) Ohrfeige: «Als wir vor zwei Jahren wegen der Busverbindungen nach Limpertsberg streikten, war der 'Secondaire' auch solidarisch. Heute sind wir es.» Soviel politische Überlegung hatte ich meinen Schülern nicht zugetraut. Wenn ähnliche Themen in Geschichte behandelt werden, ist das Interesse bei weitem nicht so groß.

Die Regierung konnte den Streik als Mißerfolg feiern. Doch darf sie froh darüber sein? Was hat sie eigentlich erreicht? Der Streikaufruf war, zumindest zu diesem Zeitpunkt, fehl am Platz, doch welche Lehre werden die Schüler daraus ziehen?
Viele Schüler haben gelernt,
- daß sie kein Streikrecht haben,
- daß Meinungsfreiheit nicht für sie gilt.

[1] Jede Ähnlichkeit mit bestehenden Schulen ist rein zufällig ...

Foto: Martin Linster

- daß Mitbestimmung nicht gefragt ist oder höchstens in den von oben gesetzten engen Bahnen,
- daß die Regierung ihre Eltern mit einer teuren Briefaktion unter Druck gesetzt hat,
- daß Schuldirektoren Schülerkomitees manipuliert haben,
- daß Solidarität kein von oben gutgeheißener Wert ist.

Neue Lernziele für die Luxemburger Schulen?

Weiß die Erziehungs(?)ministerin nicht, daß Kinder mehr aus der Aktion, der Erfahrung, dem Vorbild der Erwachsenen lernen als aus der trokkenen Wissensvermittlung in der Schulbank? Wertevermittlung geschieht nicht im Frontalunterricht. Das weiß jeder Religions- oder Morallehrer: daher beschränkt er sich auf Wertereflexion. War die Angst so groß, der parteipolitische Gegner könnte fünf Monate vor dem Wahltermin Kapital aus einem erfolgreichen Schülerstreik ziehen, daß pädagogische Überlegungen parteipolitischer Kurzsichtigkeit den Platz räumen mußten? Welche Gefahren witterte denn die Regierung angesichts des Schülerstreiks, daß sie sich berechtigt fühlte, elementare Menschenrechte - und seien es auch die Rechte junger Menschen - außer Kraft zu setzen?

In «Demain l'école», dem schulpolitischen Programm des vorigen Erziehungsministers (aus derselben Partei), hatte es noch geheißen: «Suite à l'affaiblissement de l'influence familiale et à la relativisation des valeurs, nos jeunes se trouvent confrontés plus tôt - face à eux-mêmes, aux autres et à la société - à la responsabilité de prendre en main leur développement affectif et personnel, de choisir et d'intérioriser leurs convictions, leurs systèmes de valeurs et leurs règles de conduite sociale et morale. Devant cette évolution, l'école ne peut pas se soustraire à son mandat d'éducation affective, sociale et morale de tous les jeunes et, malgré son option pluraliste, elle doit se rendre à l'évidence qu'il existe des silences aussi graves que l'endoctrinement.» Welche moralische und politische Botschaft vermittelten Erziehungsministerin und Schuldirektoren mit ihrem autoritären Gehabe?

Eigentlich war die harte Reaktion der Regierung unklug: Mit ihrem Streikverbot und der massiven Streikbehinderung hat sie sich selbst um den Beweis gebracht, daß die in ihren Augen parteipolitisch ferngelenkte 'Schülerdelegation' überhaupt nicht über eine repräsentative Basis in der Schülerschaft verfügt. Hätten die Schüler frei am Streik teilnehmen können, wären vielleicht doppelt so viele mitgegangen. Aber was wären 500 oder 600 protestierende Schüler gegenüber 26 000, die freiwillig in ihren Klassen geblieben wären und das Ende der Verhandlungen zwischen offizieller Schülerkonferenz und Ministerium abgewartet hätten?

Dann wäre der von der SDS angezettelte Streik - wie ich ihn im Vorfeld eingeschätzt hatte - eine schnell vergessene Anekdote geblieben. Wenn man allerdings weiß, daß etwa im technischen Sekundarunterricht der politische Unterricht - wenn denn dieser Ausdruck je legitim war - aus der Kompetenz des Geschichtsunterrichts, einer kritischen Sozialwissenschaft, wieder ausgegliedert und dem Rechtsstudium, einer positivistischen, normativen Wissenschaft, zugeordnet werden soll, muß man vermuten, daß von Regierungsseite systematisch eine Entpolitisierung, eine Ent-Aufklärung über politische Zusammenhänge betrieben wird.

Dann stimmt mich das Aufbegehren meiner 9. Klasse optimistisch. Es gibt noch Schüler, die Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen als solche erkennen, und seien sie auch noch so unscheinbar. Doch arg weh scheinen die Bedrückungen und Bedrängungen von oben noch nicht zu tun. Sonst hätten die Schüler sich ja wohl über die Verbote und Türschlösser hinweggesetzt. Vielleicht wollten die Berater der Erziehungsministerin auch nur die echte Streikbereitschaft und das Protestpotential der Schüler testen.

Im übrigen finde ich die im unteren Zyklus des EST bestehenden Promotionskriterien vom Ansatz her gar nicht so schlecht und im wohl verstandenen Interesse der Schüler, auch wenn sie sicher noch einzelner Korrekturen bedürfen. Neuerdings plädieren zwar auch Elternvertreter dagegen, doch der populistische Grundton ist nicht zu überhören. Mit weicheren Versetzungskriterien fördert man nicht unbedingt eine humanere und sozial gerechtere Schule. Eher schon sollte man nach einem radikal anderen Bewertungssystem Ausschau halten, z. B. nach einer Notengebung von 1-6 statt bis 60, und endlich Schluß machen mit den pseudo-exakten Korrekturen und einem pseudo-gerechten Punktesystem. Als ob (sogar in Mathematik) der Unterschied zwischen 39 und 41 Punkten sachlich begründbar wäre! Doch diese höchst notwendige Debatte über ein Grundproblem des Luxemburger Schulsytems wurde weder von den Schülern, noch von den Eltern, noch vom Ministerium, geschweige denn von der Lehrerschaft geführt oder auch nur angerissen. (Nur die CSJ wagt sich damit vor in den Wahlkampf ...)

Dem Erziehungsministerium gelang es wieder einmal, sich selbst durch die Wahl falscher Mittel daran zu hindern, ein eigentlich respektables Ziel zum gewünschten Termin zu erreichen.

m.p.

Welche Gefahren witterte denn die Regierung angesichts des Schülerstreiks, daß sie sich berechtigt fühlte, elementare Menschenrechte - und seien es auch die Rechte junger Menschen - außer Kraft zu setzen?